Oelser Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag. Pränumerationspreis vierteljährlich 60 Pf., durch die Post bezogen 75 Pf.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag in der Expedition angenommen und kostet die gespaltene Zeile 10 Pf.

Redakteur: Hugo Ludwig.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

№ 7. Oels, den 7. Februar 1890. 28. Jahrg.

Amtlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 60. Groß-Wartenberg, den 30. Januar 1890.

Die Reichstagswahl betreffend.

In Gemäßheit des § 26 des Wahl-Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1889, welcher lautet:

> Behufs Ermittelung des Wahl-Ergebnisses beruft der Wahlcommissar auf den vierten Tag nach dem Wahltermine in ein von ihm zu bestimmendes Lokal mindestens sechs und höchstens zwölf Wähler, welche ein unmittelbares Staatsamt nicht bekleiden, aus dem Wahlkreise zusammen und verpflichtet dieselben als Beisitzer mittelst Handschlags an Eides statt. Außerdem ist ein Protokollführer, welcher ebenfalls Wähler sein muß, aber Beamter sein darf, zuzuziehen und in gleicher Weise zu verpflichten. Der Zutritt zu dem Lokal steht jedem Wähler offen,

mache ich hierdurch bekannt, daß die Ermittelung des Ergebnisses der bevorstehenden Reichstagswahl im dritten, die Kreise Wartenberg und Oels umfassenden Wahlkreise

Montag, den 24. Februar d. J.,
Vormittags von 10 Uhr ab,

im Saale des Kreis-Amtshauses hierselbst stattfindet.

Der Wahl-Commissarius.
von Busse.

Nr. 61. Oels, den 1. Februar 1890.

Den Bedarf an Standesamtsformularen pro 1891 betreffend.

Die Herren Standesbeamten des platten Landes werden hiermit ersucht, mir **bis zum 1. März cr.** den Bedarf an Register-Auszügen (Geburts-, Heiraths- und Sterbeurkunden) für das Jahr 1891 anzuzeigen.

Ich bemerke, daß der Bedarf derselben nach dem Verbrauch im Jahre 1889 zu berechnen ist, und dabei die Bestände in Anrechnung zu bringen sind, welche von den für das Jahr 1890 gelieferten Formulare ult. 1890 muthmaßlich übrig bleiben werden.

Die Herren Standesbeamten der vier Städte wollen mir in gleicher Weise den Bedarf an Formularen pro 1891 sowohl zu den Haupt- und den Nebenregistern, als auch zu den Register-Auszügen und zu den Todtenlisten nach **der Bogenzahl** mittheilen. Bei der Berechnung ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß die Geburts- und Sterberegister je vier, die Heirathsregister je zwei Eintragungen pro Bogen enthalten.

Den Bedarf an Formularen zu den Haupt- und Neben-Registern für die Herren Standesbeamten des platten Landes kann ich aus den mir vorgelegten Neben-Registern pro 1889 ersehen.

Nr. 62. Breslau, den 18. Januar 1890.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bestimmungen des § 4 bezw. 11 des Statuts der Provinzial-Hilfskasse für Schlesien vom 23. Mai 1853 habe ich genehmigt, daß auch im Jahre 1890

I. für die von der Provinzial-Hilfskasse auszugebenden Darlehne
   - a. für die Darlehne in $4^1/_2$ proc. Hilfskassen-Obligationen $4^3/_4$ %,
   - b. für die Darlehne in 4 proc. Hilfskassen-Obligationen $4^1/_4$ %,
   - c. für die Darlehne in $3^1/_2$ proc. Hilfskassen-Obligationen $3^3/_4$ %,
   - d. für baare Darlehne, dieselben mögen auf Amortisation oder auf Kündigung gewährt werden,
     1. wenn die Bewilligung solcher an Gemeinden erfolgt, 4 %,
     2. wenn sie an Private erfolgt, $4^1/_2$ %

Zinsen zu erheben, —

II. die von Spar- und öffentlichen Kassen bei der Provinzial-Hilfskasse zu belegenden Gelder
   - a. bei sechsmonatlicher Kündigungsfrist mit 3 %,
   - b. bei kürzeren Kündigungsfristen mit $2^1/_2$ % mit der Maßgabe verzinst werden sollen, daß bei Summen bis 30000 M. eine achttägige, von 30000 bis 50000 M. eine dreißigtägige, von 50000 M. und mehr eine dreimonatliche Kündigungsfrist innegehalten wird, und daß endlich
   - c. Depositen, welche nicht mindestens 3 Monate deponirt bleiben, nur mit $1^1/_2$ % verzinst werden sollen.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Der Ober-Präsident.
J. V.: (gez.) von Itzenplitz.

Nr. 63. Oels, den 31. Januar 1890.

Nach § 1 der Polizei-Verordnung vom 10. August 1887 (Amtsbl. S. 265) ist jeder Arzt und jede Medizinalperson verpflichtet, sobald ein Fall von Erkrankung an Diphtheritis zu ihrer Kenntniß gelangt, denselben innerhalb 24 Stunden schriftlich oder mündlich der zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen.

Ich bemerke, daß das durch die Anzeigen etwa entstehende Porto als im polizeilichen Interesse aufgewendet der Polizei- und Amtskasse zur Last fällt, ersuche aber die Herren Aerzte, auf den Briefumschlägen die Bezeichnung „Krankenmeldung" zu machen und den Namen und Charakter des Absenders zuzufügen, damit mit Porto beschwerte Schreiben wegen mangelnder Inhaltsangabe vom Adressaten nicht zurückgewiesen werden.

Die Ortsbehörden wollen diese Verfügung zur Kenntniß der Herren Aerzte bringen.

Nr. 64. Berlin, den 18. Januar 1890.

Bekanntmachung, die 35. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 betreffend.

In der vom 15. d. Mts. bis heute in Gegenwart eines Notars öffentlich bewirkten 35. Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 4500 Schuldverschreibungen, welche zu den am 16. September v. J. gezogenen 45. Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien vom 1. April d. J. ab bei der Staatsschulden-Tilgungskasse, Taubenstraße Nr. 29 hierselbst, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen Zinsscheine Reihe V. Nr. 3 bis 7 über die Zinsen vom 1. April 1889 ab, welche nach dem Inhalt der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags mit Ausschluß der Sonn- und Festtage und letzten drei Geschäftstage jeden Monats.

Die Prämien können auch bei den Regierungs-Hauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse in Empfang genommen werden.

Zu diesem Zwecke sind die Schuldverschreibungen nebst Zinsscheinen einer dieser Kassen schon vom 1. März d. J. ab einzureichen, welche sie der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. April d. J. ab bewirkt.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden unentgeltlich mit abzuliefernden Zinsscheine wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen über die Prämien-Zahlungen nicht einlassen.

Zugleich werden die Besitzer noch rückständiger Schuldverschreibungen aus bereits früher verloosten und gekündigten, auf der beiliegenden Liste bezeichneten Serien, zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien erinnert.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.
Sydow.

Breslau, den 21. Januar 1890.

Indem wir obige Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden hierdurch zur Kenntniß des Publikums bringen, machen wir wiederholt auf die Nachtheile und Verluste aufmerksam, welche den dabei Betheiligten in dem Falle erwachsen, wenn die Beträge der jetzt oder schon früher verloosten resp. Schuldverschreibungen nicht rechtzeitig in Empfang genommen werden, indem die über die zur Erhebung der Valuta festgesetzten Termine fortbezogenen Zinsen zurückerstattet werden müssen.

Ein Verzeichniß der jetzt oder schon früher ausgeloosten Schuld-Verschreibungen der hier in Rede stehenden Anleihe, wie ein solches diesem Stücke des Amtsblattes beigegeben worden, liegt bei der Regierungs-Haupt-Kasse und der Instituten-Kasse hierselbst, bei den Kreiskassen, sowie auf den Bureaux der Landräthe und Magisträte des Bezirks und in den Bureaux des hiesigen Königl. Polizei-Präsidiums zur Einsicht vor.

Königliche Regierung.
Freiherr Juncker von Ober-Conreut.

Oels, den 31. Januar 1890.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Verzeichnisse der ausgeloosten Schuldverschreibungen in meinem Amtslokale, bei der Königlichen Kreiskasse hierselbst, sowie bei den Magisträten des Kreises zur Einsicht ausliegen.

Nr. 65. Breslau, den 22. Januar 1890.

Höheren Ortes ist den katholischen Kirchenvorständen für die von ihnen an die Königlichen Regierungen in Angelegenheiten, bei denen es sich um Erfüllung der patronatlichen Aufsichtsbefugnisse handelt, gerichteten Postsendungen die unfrankirte Absendung zugestanden worden.

Euer Hochwohlgeboren werden ergebenst ersucht, die katholischen Kirchenvorstände hiervon in geeigneter Weise etwa durch Veröffentlichung im Kreisblatt zu benachrichtigen.

Königlicher Regierungs-Präsident,
Wirklicher Geheimer Ober-Regierungs-Rath.
von Juncker.

Oels, den 1. Februar 1890.

Vorstehende Verfügung bringe ich hierdurch zur Kenntniß der katholischen Kirchenvorstäude des Kreises.

Nr. 66. Oels, den 29. Januar 1890.

Personal-Chronik.

Bestätigt: die Wahl des Stellenbesitzers Robert Kalkbrenner sen. zu Dammer zum Gemeindevorsteher für die Gemeinde Dammer.

Ernannt: der Erbscholtiseibesitzer Wandel zu Bohrau als Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Bohrau.

Nr. 67. Oels, den 1. Februar 1890.

Uebertragen: dem Pastor Schmidt in Briese die Ortsaufsicht über die evangelischen Schulen in Briese und Hönigern.

Nr. 68. Oels, den 5. Februar 1890.

Der Herr Ober-Präsident der Provinz Schlesien hat:

1. dem Vorstande des Vereins zur Erziehung armer verwahrloster Kinder in Groß-Rosen und
2. dem Vorstande des Schlesischen Herbergs-Verbandes zu Modelsdorf bei Adelsdorf i. Schl. die Genehmigung zur Abhaltung je einer Hauskollekte bei den bemittelteren Haushaltungen der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz resp. Breslau und Oppeln für das Jahr 1890 ertheilt.

Die Einsammlung dieser Kollekten im Kreise Oels hat in den Monaten April bis Juni resp. September d. J. zu erfolgen, und haben sich die hiermit beauftragten Personen durch Vorzeigung der bezüglichen Genehmigungsverfügungen oder beglaubigten Abschriften derselben zu legitimiren.

Nr. 69. Oels, den 5. Februar 1890.

Dem Vorstand der Wanderversammlung des General-Vereins schlesischer Bienenzüchter in Grottkau ist Seitens des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien die Genehmigung ertheilt worden, Ende Juli oder Anfang August d. J. eine Verloosung von Gegenständen der Bienenzucht gelegentlich der in Grottkau stattfindenden Wander-Versammlung zu veranstalten. Es können 6000 Loose à 50 Pf. innerhalb der Provinz Schlesien ausgegeben werden.

Der Königliche Landrath.
von Kardorff.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Loischwitz, den 3. Februar 1890.

Der Knecht Gottlieb Barufke, welcher pro 1889 bei dem Gutsbesitzer Oskar Standke zu Taschenberg bei Bernstadt in Diensten stand, hat sich für das Jahr 1890 zu dem Gutsbesitzer Reinhold Scupin in Stampen vermiethet, ist aber nicht aufgezogen und hat dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort nicht ermittelt werden können. — Die Herren Guts- und Gemeindevorsteher und Gendarmen ersuche ich, den p. Barufke im Betretungsfalle event. zwangsweise nach Stampen dirigiren zu wollen.

Der Amtsvorsteher.
U. Cleve.

Oels, den 29. Januar 1890.

Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter dem Arbeiter August Kubisch aus Ellguth, Kreis Namslau, am 3. Oktober 1888 diesseits erlassene Steckbrief ist erledigt.

Der Erste Staatsanwalt.

Oels, den 30. Januar 1890.

Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter dem Maurer Josef Nowak aus Reichthal, Kreis Namslau, am 14. Dezember 1889 diesseits erlassene Steckbrief ist erledigt.

Der Erste Staatsanwalt.

Oels, den 4. Februar 1890.

Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter der Kinderfrau Caroline Jarok, geborene Kuhnert, aus Schmarse, am 24. Januar 1890 diesseits erlassene Steckbrief ist erledigt.

Der Erste Staatsanwalt.

Oels, den 4. Februar 1890.

Steckbrief.

Gegen den Arbeiter August Langner aus Juliusburg, Kreis Oels, welcher flüchtig ist und sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen schweren Diebstahls verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Oels abzuliefern. (Aktenzeichen: II. J. 69/90).

Der Erste Staatsanwalt.
Eberhard.

Brieg, den 31. Januar 1890.

Der gegen den Arbeiter Robert Lohrmann aus Brieg unterm 21. Juni 1889 erlassene Steckbrief wird hiermit erneuert. (J. 1811/88).

Der Erste Staatsanwalt.

Görlitz, den 3. Februar 1890.

Der hinter dem Schneidergesellen August Niebisch, auch gen. Willy Niebisch, aus Laskowitz, Kreis Ohlau, geboren daselbst am 11. September 1868, unter dem 19. August 1889 erlassene Steckbrief ist erledigt. — J. 1757/89.

Der Königliche Erste Staatsanwalt.

Berlin W., 25. Januar 1890.

Bekanntmachung.

Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs.

Von der im Kursbureau des Reichs-Postamts bearbeiteten neuen Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reichs sind jetzt die Blätter XI. und XX. erschienen. Im Laufe des künftigen Monats werden die beiden letzten Blätter XVI. und XIX. zur Ausgabe gelangen. Blatt XI. umfaßt die nördlichen Theile von Baden und Elsaß-Lothringen, den südlichen Theil von Hessen, die Rheinpfalz, die Rheinprovinz südlich der Linie Aachen—Köln, Luxemburg und die angrenzenden Theile von Belgien und Frankreich. Blatt XX. enthält sämmtliche Cartons zu der Karte.

Die Blätter können im Wege des Buchhandels zum Preise von 2 M. für das unausgemalte Blatt und 2 M. 25 Pf. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen von dem Verleger der Karten, dem Berliner Lithographischen Institut von Julius Moser (Berlin W., Potsdamerstraße 110), bezogen werden.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
J. V.
Sachse.

Nebst einer Beilage.

Der Wechsel im Handelsministerium.

Fürst Bismarck hat den Kaiser gebeten, ihn von seinem Amte als Minister für Handel und Gewerbe zu entbinden, und der Kaiser hat unter Genehmigung dieses Gesuchs den bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherrn von Berlepsch, zu dessen Nachfolger in jenem Ressort ernannt.

Der Kanzler war durch Allerhöchsten Erlaß vom 23. August 1880 zum Handelsminister ernannt worden. Für alle Welt war es damals sofort klar, daß, wenn er neben seinen vielen hohen und wichtigen Aemtern auch noch dieses Amt übernahm, dies nur seinen Grund in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit hatte, die Reformpolitik, welche er zwei Jahre vorher auf dem Gebiete der Wirthschafts- und Handelspolitik begonnen, nach der Seite einer größeren Fürsorge für die Arbeiter und das Handwerk zu ergänzen und auszugestalten. Es bedurfte einer einheitlichen und energischen Durchführung der von ihm für die Förderung der Interessen der nationalen Arbeit aufgestellten Grundsätze, welche am sichersten durch eine Personalunion zwischen dem verantwortlichen Leiter der inneren Reichspolitik und dem das Gewerbe und den Handel des größten deutschen Staates vertretenden Minister zu erreichen war.

Fast zehn Jahre haben bewiesen, welche glücklichen Erfolge dieser Personalunion zu danken sind. Als der große Kaiser am 11. April 1877 auf sein damaliges Entlassungsgesuch das Wort „Niemals" geschrieben, entschloß sich Fürst Bismarck, seine Kraft nunmehr für Herbeiführung gründlicher wirthschaftspolitischer Reformen einzusetzen. Welche Kämpfe hatte er hier zu bestehen, welche Hindernisse zu überwinden, — Hindernisse, die vornehmlich in dem in fast allen Regionen tief eingewurzelten Manchesterthum lagen! Die Schriften von Poschinger „Fürst Bismarck als Volkswirth" und „Aktenstücke zur Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck", von denen die letztere soeben erschienen, legen die einzelnen Phasen des Kampfes klar und deutlich offen. Auf den vollständigen Sieg seiner wirthschaftlichen Ueberzeugungen konnte Fürst Bismarck nur rechnen, wenn er persönlich auch die Leitung desjenigen Ressorts in Preußen übernahm, welchem nach seiner Trennung von der Abtheilung der öffentlichen Arbeiten die gewerblichen Angelegenheiten und damit die Durchführung wichtiger Reichsgesetze verblieben waren.

Weshalb — so wird man fragen — ist der Kanzler nicht auf demjenigen Posten verblieben, auf welchem er einen so segensreichen Einfluß ausgeübt hat?

Die Antwort hierauf erscheint uns nicht schwer. Dem Kanzler kam es, als er das Handelsministerium übernahm, vor Allem darauf an, den Grund zu legen für die Verwirklichung der von ihm als nothwendig betrachteten Reformpolitik. Jetzt ist sie gefestigt, die Bahn ist geebnet, die Richtung bestimmt. Aber neue Aufgaben von großem Umfange, die aus der Arbeiterbewegung erwachsen sind, harren der Lösung, und hierzu bedarf es der Hingabe einer vollen Kraft, die nicht durch die Verantwortung auf vielen anderen Gebieten belastet und beschränkt ist. Das mag der Grund des Rücktritts des Fürsten Bismarck sein. Daß sein Rücktritt aber keinen sogenannten Systemwechsel bedeutet, liegt auf der Hand: innerhalb der von dem Fürsten seit mehr als zehn Jahren eingeschlagenen Richtung wird sich nunmehr eine den neuen Bedürfnissen Rechnung tragende Thätigkeit unter Leitung desjenigen Mannes entfalten können, der in seinen bisherigen Stellungen die Verhältnisse der arbeitenden Klassen genauer kennen gelernt und mit vielem Erfolg für die Beseitigung des zwischen Arbeitgebern und Arbeitern entstandenen Zwiespalts gewirkt hat.

Der Abschluß der Thätigkeit des Fürsten Bismarck als Handelsminister bedeutet aber nicht etwa den Abschluß seines Wirkens als Volkswirth überhaupt. Der, welcher auf diesem Gebiete neue Bahnen gebrochen und — man kann sagen — eine ganze Welt von Gegensätzen besiegt hat, von dessen wirthschaftlichen Anschauungen und Ueberzeugungen man sagen kann, daß sie Gemeingut der ganzen Nation geworden, — der Geist dieses großen Staatsmannes und Volkswirths wird die wirthschafts- und sozialpolitischen Anschauungen auch dann noch beherrschen, wenn er — was Gott noch lange verhüten wolle — nicht mehr unter den Lebenden weilt. So lange aber Fürst Bismarck Präsident des Staatsministeriums und Reichskanzler ist, bietet er die sichere Gewähr, daß die Bahnen der wirthschaftlichen nnd sozialen Reformthätigkeit, welche mit so glücklichem Erfolge beschritten worden, auch fernerhin den Weg bilden werden, auf welchem Preußen und Deutschlands Wohlfahrt sich zum Heile des Vaterlandes entwickeln wird.

Deutsch-freisinniger Wahlaufruf.

Die deutsch-freisinnige Partei hatte sich bisher damit begnügt, die Parteigenossen in Aufrufen zu fleißigen Geldsammlungen aufzufordern. Nunmehr ist sie jedoch auch mit einem Manifest hervorgetreten, welches die politische Lage im Reiche bespricht und Forderungen für die Zukunft stellt. An den herrschenden politischen Zuständen hat natürlich eine Partei nichts zu loben, welche so vielen heilsamen Maßregeln, so mancher grundlegenden Einrichtung des Reichs mit ihrem Nein entgegengetreten ist und die aus allen Niederlagen, von denen sie betroffen wurde, trotz einer glänzenden politischen und wirthschaftlichen Aufwärtsbewegung, die ganz gegen ihre bestimmten Prophezeiungen eingetreten, sich ein unvergleichliches Besserwissen und eine standhafte Unbelehrsamkeit bewahrt hat.

Das Manifest sagt: „Die Ausgaben und die Schulden des Reiches sind zu bedenklicher Höhe gewachsen. Die Forderungen für Heer und Flotte werden von Jahr zu Jahr in einem Maße gesteigert, welches die durch die Weltlage geforderten Opfer übersteigt". Wer sind die großen Politiker der Partei, denen ein Einblick in die Weltlage zusteht und die die Fäden der Diplomatie so sicher in der Hand halten, daß sie sagen dürfen: unser Heer ist zu stark, wir dürfen schon eine Lockerung unserer Wehr riskiren? Dabei sind noch vor drei Jahren dieselben freisinnigen Politiker im Lande umhergegangen und haben sich berühmt, „jeden Mann und jeden Groschen" bewilligt zu haben. In der verflossenen Legislaturperiode wagten sie keiner der großen Militärforderungen zu widersprechen.

Ebenso bezeichnend ist der Satz über die Colonialpolitik: „Eine Colonialpolitik, welche unberechenbaren Aufwand erheischen wird, hat die ihr anfänglich gesteckten bescheidenen Grenzen längst überschritten, ohne auch nur auf entfernte Zeiten gleichwerthige Vortheile für unseren Handel und unsere Industrie in Aussicht zu stellen." Aber diese Stelle ist immerhin noch zahm gegenüber den colonialfeindlichen Leistungen im Parlament und in der Presse, wo alles Deutschland irgendwie Nachtheilige, hieß es Mataafa, Buschiri, Lewes oder sonst wie, mit Begier aufgegriffen und alles feindselige der ausländischen Presse

nachgedruckt wurde. Nicht mit Unrecht fällten hierüber die „Grenzboten“ in Leipzig kürzlich folgendes Urtheil: „Daß England gerade wegen der Bedeutung, die es seinen neuen Koloniebesitzungen in Ostafrika und besonders deren Hinterlande beilegt, an Stelle seiner bisherigen Dampferlinie Bombay-Aden-Sansibar-Mozambique neuerdings eine direkte zwischen London und Sansibar eingerichtet hat, und daß wir auch weiter gar nichts wollen, als eine solche direkte Verbindung zwischen unserem Handelsplatz Hamburg und Sansibar herstellen; daß unsere bisherigen ostafrikanischen und australischen Linien sich so bewährt haben, daß Unterhandlungen wegen einer Verdoppelung der Fahrten schweben; daß wir mit den 900000 Mark Unterstützung unsere Colonien so sehr ertragsfähig machen werden, daß man, wie der Staatssecretär v. Stephan sagt, in England mit Furcht auf das Vordringen der deutschen Industrieprodukte sieht, das ist alles für die Herren vom Fortschritt ein Grund mehr, durch mißgünstige Reden unsere Colonialpolitik bei den Fremden ins rechte Licht zu setzen.“

Der Wahlaufruf hat nun auch einen positiven Theil. Als Gegenstände, die „zunächst in Angriff zu nehmen“ seien, werden u. A. bezeichnet: Anderweitige Ordnung des Reichshaushalts, um den Einfluß des Parlaments auf Bewilligung und Verwendung der Einnahmen zu erhöhen (also in dieser Zeit, die Wichtigeres zu thun hat, der alte Kampf um parlamentarische Machterweiterung), Abkürzung der Dienstzeit (also in der Wirkung Schwächung der Wehrkraft), gänzliche Abschaffung des Sozialistengesetzes (im Gegensatz zu dem früheren Standpunkt Hänels, der selbst Verschärfung des gemeinen Rechts vorschlug), Verantwortlichkeit der obersten Reichsbeamten (welche in der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers längst besteht) und in der Arbeiterversicherung freie Organisationen, welche an Stelle der jetzigen „Zwangseinrichtungen“ treten. Letztere Forderung beweist die alte Unfähigkeit der Partei zur Lösung sozialer Aufgaben. Die großen Arbeitergesetze, an denen die freisinnige Partei keinen oder nur sehr geringen Theil hat und die sich im Volke immer mehr einleben, sollen dadurch erschüttert werden, daß man wieder auf den alten Streit zwischen „freien“ Kassen und staatlichen Kassen, durch die allein der Erfolg der Versicherung gesichert wird, zurückkommt.

In den rein politischen Fragen Parlamentsherrschaft, in den sozialen, die viel mehr als jene die Zeit bewegen, Reaktion — gegen ersteres ist das deutsche Volk wohl in Folge der trüben Erfahrungen bei sich und in anderen Ländern gefeit, mit letzterem aber spottet die Partei, die den Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben, ihrer selbst und weiß nicht wie.

Eine Stimme aus dem Bauernstande.

Zur Ermunterung der Wähler ist in freisinnigen Blättern viel von einem „Zuge nach links“ die Rede, der sich demnächst mit „elementarer Gewalt“ offenbaren solle. Indessen scheinen die Beoabachtungen in den Wahlkreisen den gehegten Erwartungen keineswegs zu entsprechen und soll deshalb nach den Angaben nationalliberaler Organe die Stimmung unter den freisinnigen Führern im Grunde recht flau sein. Die freisinnige Partei hat Wunders was zu erreichen geglaubt, wenn sie den höheren Stand der Preise verschiedener Lebensmittel recht ausbeutete und alle ihre Geschütze auf die Getreidezölle richtete. Möglich, daß sich großstädtische Bewohner hierdurch täuschen lassen; was der Freisinn hier gewinnen könnte, wird er ohne Zweifel in ländlichen Kreisen reichlich verlieren. Den Bauern, Handwerkern und Kleinbürgern auf dem Lande kann er mit seiner Theorie, daß der Volkswohlstand allerwege die billigsten Preise erfordere, d. h. daß die freieste in- und ausländische Concurrenz gegen die Werthe erzeugenden Stände walten müsse, nicht kommen und gerade der Versuch, in die langsame Besserung der Lage der Landwirthschaft durch Aufhebung der Getreidezölle einzugreifen, findet die entschiedenste Verurtheilung.

Zum Beweise, wie man auf dem Lande über die Antizollagitationen denkt, entnehmen wir einer längeren Zuschrift eines Kleinbauern folgende Stellen:

„Nur eine blühende Landwirthschaft kann eine blühende Industrie erzeugen, werden Ersterer jedoch die Lebensadern auf Jahre hinaus unterbunden, so könnte selbst der intelligenteste Bauernstand zum Proletariat herabsinken. Wir alle danken unserem eisernen Herrn Reichskanzler, sowie allen braven deutschen Herren Reichstagsabgeordneten für den gegebenen Kornzoll aus tiefstem Herzen! Wir wissen aber auch, daß nicht gedachter Zoll allein etwas bessere Kornpreise hervorgerufen, sondern sehr mittelmäßige Ernten in anderen Reichen zum Steigen derselben mit beigetragen haben. —

Was sind denn die Folgen einer gedeihlicheren Lage der Landwirthschaft? daß jeder richtige tüchtige Landwirth seine erübrigten Mark zur Verbesserung seines Grundstücks verwendet: sei es zu Bauten, für landwirthschaftliche Maschinen, Ackergeräth, Drainagen 2c. Und wer findet bei all dem Genannten seine Rechnung? Wer sich augenblicklich mit offenen Ohren und gesunden Augen im Kreise tüchtiger Handwerker und fleißiger, nüchterner Arbeiter bewegt, kann aus deren Munde die Freude über sich bessernde Verhältnisse in der Landwirthschaft vernehmen, die ihnen Arbeit bringt und daß sie in Folge dessen gerne 1 Pfennig für 1 Pfund Brod, auch 10 Pfennige mehr für 1 Pfund Fleisch opfern wollen, wenn nur der Landwirthschaft die Mittel zu ferneren Ausgaben verbleiben.

Selbst in unserem kleinen Dörfchen, welches 22 mehr oder weniger große Bauergüter zählt, wird sich schon in diesem Jahre eine rege Bauthätigkeit entwickeln und landwirthschaftliche Ackergeräthe, z. B. Wiesenegggen, neu verbesserte Pflüge, Landeggen, Kornreinigungsmaschinen 2c. sind schon jetzt bestellt, oder auch schon angekommen.

Hieraus müßte es denn doch endlich gesunden Menschen klar werden, daß dem Landmann, der sich wirklich im Schweiße seines Angesichts wohl am schwersten sein Stückchen Brot verdienen muß, von Seiten einiger der Herren Abgeordneten etwas mehr Wohlwollen und Achtung gezollt werden könnte. —

Hat einer der Herren schon in eigener Person bei Sturm, oft Regen, täglich 10 Stunden den Pflug geführt, in den trockenen Jahren von 3 Uhr Morgens an bis 9 Uhr Vormittags ohne Frühstück seine Wiesen gemäht, dann aber hinter Krümmer und Egge bei oft 24 und 28 Grad Hitze in der Sonne bei Staub und Wind seine Aecker zur Saat vorbereitet, bei Wind und Regen Dünger, Jauche 2c. gefahren, Kartoffeln gelegt, sie wieder nach der Reife aufgelesen, Heu geworfen, Letzteres geladen und wieder abgeladen, oder im Winter in der Scheune Korn gedroschen, dasselbe gereinigt und endlich Scheffelweise oft 2 Treppen hoch zum Boden gebracht??? —

Ja! Genossen werden täglich Brot, Butter, Milch und von den Herren auch Fleisch in allen erdenklichen Formen, da aber all diese Gottesgaben nicht gleich fertig auf dem Felde wachsen, so haben eben Menschen, die von den Mühen und Sorgen eines Landmannes nichts verstehen, für erstere auch kein Verständniß.“

Wähler

des

Oels-Wartenberger Kreises!

Wir stehen vor den Wahlen zum Reichstag, welche von jetzt ab von besonderer Bedeutung werden, weil wir unser Vertrauen und somit unsere Vertretung auf 5 Jahre, nicht nur auf 3 Jahre, übertragen.

Wir stehen auf dem Standpunkt der regierungsfreundlichen Cartell-Parteien.

Wir erstreben das Wohl aller unserer Mitbürger und die Sicherheit unseres deutschen Vaterlandes unter der Führerschaft des erlauchten Hohenzollernstammes.

In diesem Streben bitten wir, an die Wahlurne zu treten und die Stimme zu geben unserem bisherigen bewährten Vertreter,

dem Königlichen Landrath

Herrn von Kardorff—Wabnitz,

der eine Wiederwahl anzunehmen bereit ist.

von Buddenbrock. Fletscher. von Hahn. Handtmann. Hoffmann—Prietzen. **Kalkbrenner. von Korn**—Neu-Stradam. **Dr. von Korn**—Rudelsdorf. **Dr. Kronisch. von Lieres. Mossner. Gautier. von Raven. von Reinersdorff. Rojahn. Rumbaum. von Scheliha. Scholtz**—Bernstadt. **Scholtz**—Korschlitz. **Graf Schwerin. W. Trautwein. W. Weber. C. Willmann. Graf Yorck.**

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 13. d. M., Morgens 10 Uhr,

soll die dreitennige Bindwerksscheuer auf dem Niederhofe zu Peucke in drei Loosen mit Ausnahme der Schobenbedachung, Mauerziegeln, Feldsteine und des Lehms öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung auf Abbruch versteigert werden.

Die Verkaufsbedingungen sind in hiesiger Registratur und bei Herrn Amtsrath **Bayer** zu Peucke zur Einsicht ausgelegt.

Oels, den 4. Februar 1890.

Sr. Majestät des Königs von Sachsen Güter-Direktion.
Schütte.

Bekanntmachung.

Das **Deckgeschäft** auf den Königlichen Beschälstationen findet statt:

Vom 1. Februar bis 30. April

des Morgens von 8 bis 9 Uhr, Nachmittags von 3 bis 4 Uhr;

vom 1. Mai bis zum Schluss der Deckperiode

des Morgens von 7 bis 8 Uhr, Nachmittags von 4 bis 5 Uhr.

Außer den genannten Stunden werden Stuten in keinem Falle berücksichtigt.

An **Sonn-** und **Festtagen** wird nicht gedeckt.

Leubus, den 30. Januar 1890.

Königliche Gestüt-Direktion.

Carneval.

Prächtige, fürstlich elegante **Masken-Costüme** in effektreicher, stilvoller Ausführung z. B. historische, mythologische, allegorische Costüme, Nationaltrachten, billige Phantasie-Costüme (für Herren und für Damen), nicht leihweise.

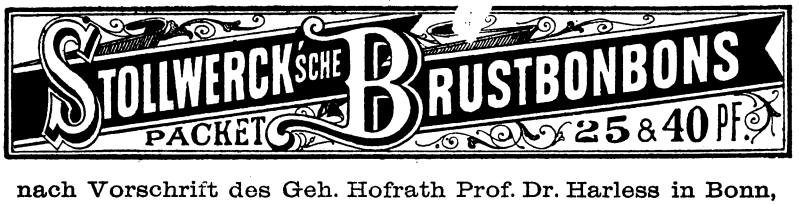
Cotillon-Touren und Ball-Orden.

Masken, Besatzborden, Phantasie-Stoffe, Theater-Schmucksachen, Waffen. Carnevalistische Gemälde zur Saal-Dekoration. Narren-Mützen.

Unsern neuen reichhaltigen Catalog versenden wir gratis und franko.

Bonner Fahnenfabrik (Hof-Fahnenfabrik) in **Bonn** am **Rhein.**

Vereine und Wiederverkäufer erhalten Rabatt.



nach Vorschrift des Geh. Hofrath Prof. Dr. Harless in Bonn,

sind eine Specialität, welche seit 50 Jahren in der ganzen Welt Millionen Menschen bei katarrhalischen Hals- und Brust-Beschwerden, bei Husten, Heiserkeit etc. Linderung und Hülfe gebracht haben.

Sie können bei Erkältungen, Husten und Heiserkeit nicht warm genug empfohlen werden, indem sie diese lästigen Unpässlichkeiten rasch lindern und einer Verschlimmerung vorbeugen. **Vorräthig in allen Orten.**

Schloßbrauerei.

Bockbier-Ausschank.

Kirchliche Nachrichten.

Am Sonntage Sexagesimae
predigen in der Schloßkirche:

Amtspredigt 9 Uhr: Herr Superintendent Ueberschär.
Nachmittags-Predigt 1½ Uhr: Herr Propst Thielmann.
Abendgottesdienst 5 Uhr: Herr Superintendent Ueberschär.
Beichte früh ½9 Uhr: Herr Superintendent Ueberschär.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 13. Februar, früh 8½ Uhr: Herr Propst Thielmann.
Amtswoche: Herr Diakonus Biehler.

Die **Verdingung** von
102 cbm Kiefern-Klobenholz,
4300 kg Petroleum mit Docht
findet am

12. Februar 1890,
Vormittags 10 Uhr,

im diesseitigen Geschäftszimmer statt.

Ebendaselbst liegen die Lieferungs-Bedingungen aus, auch können letztere im Bureau der Garnison-Verwaltung Breslau eingesehen werden

Oels, den 30. Januar 1890.

Königl. Garnison-Verwaltung.

2—3 Pensionäre

finden Ostern in einer anständigen Familie gute und freundliche Aufnahme; zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Wichtig für Mütter!

Nur allein die von **Gebr. Gehrig, Hoflieferanten** und **Apotheker, Berlin, Besselstraße 16,** erfundenen **Zahnhalsbänder** sind seit Jahren das anerkannt einzige bewährte Mittel, den Kindern das Zahnen leicht und schmerzlos zu befördern, Unruhe und Zahnkrämpfe fernzuhalten.

à Stück 1 Mark.

Aecht zu haben in Oels bei
C. Liebeskind.

Bier-Verkauf.

Ich liefere für 3 Mark frei ins Haus:

14 Flaschen echt Culmbacher
(Conrad Kißling),
24 Flaschen Haase-Bier
(hell und dunkel),
30 Flaschen Lager-Bier.

L. Kramer.

Marktpreis der Stadt Oels

vom 1. Februar 1890.
(für 100 Kilogramm)

Weizen, weiß, ...	19	—	18	80	17	5
„ gelb, ...	18	90	18	70	18	4
Roggen	17	30	17	10	16	8
Gerste	17	—	16	—	15	—
Hafer	16	80	16	40	16	—
Kartoffeln (75 Kilogr.)	3	—	2	80	2	6